Herr Sebastian Sippel (Projektleiter) vom Büro wbp Landschaftsarchitekten GmbH stellte den aktuellen Planungsstand zur Umgestaltung des Jakob-Fußhöller-Platzes (JFP) vor.

Die Präsentation ist im Rats- und Bürgerinformationssystem einsehbar.

Anschließend stellte er sich den Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Frage von Herrn Willnecker (FDP-Fraktion) teilte Herr Sippel mit, dass die Radwegeverbindung in beiden Varianten weiterhin versiegelt bleibe, so dass man sie auch wirklich nutzen kann.

Der Ausbau der Straße solle ja auch noch stattfinden.

Frau Feld-Wiehlputz berichtete, dass diese Präsentation in ihrer Fraktion grundsätzlich auf Zustimmung gestoßen sei.

Die Begrünung sei natürlich ein Riesensprung. Auch die Aufenthaltsqualität sei nur positiv zu betrachten.

Der Ortsvorsteher habe aber mit der Dorfgemeinschaft das Gespräch gesucht. Diese sei in erster Linie wegen des Festzeltes und dessen Platzierung besorgt.

Man wisse, dass erst in der nächsten Sitzung der Beschluss gefasst werden soll. Die heutige Sitzung diene dazu, diese Anregungen noch mal mit aufzunehmen.

Es seien folgende Eckpunkte:

- rechtliche Vorgaben, z. B. bei der Ausrichtung eines Maifestes,
- Einfriedung mit einem Bauzaun,
- Platzierung des Zelttes, an der Hauptstraße sei es relativ eng,
- Gefälle,
- Bierwagen,
- Anschlüsse.

Außerdem habe es wieder Anfragen für die Ausrichtung einer Kirmes gegeben.

Insofern wolle sich die CDU-Fraktion aktuell nicht für eine Variante aussprechen, sondern bitte darum, diese Punkte mit aufzunehmen.

Herr Sippel erläuterte, man habe im Sinne einer Zeltaufstellung schon berücksichtigt, dass eine Einzäunung nötig werden kann und es auch den richtigen Abstand zur Straße oder zu Feuerwehr-Rettungswegen gibt.

Solche Punkte müssten später im Detail noch abgesprochen werden.

Herr Metz ging davon aus, dass es im Zuge der Weiterplanung der Ortsdurchfahrt (OD) noch Änderungen hinsichtlich des Platzbedarfs geben werde.

Es werde bei der OD noch die Frage aufkommen, wo der Radverkehr entlanggeführt werden soll.

Er wolle wissen, ob der Parkplatz technisch, z. B. hinsichtlich Entwässerung oder sonstiger Leitungen, getrennt von dem anderen Teil des Platzes umgesetzt werden kann und wo dann die Grenze verläuft.

Außerdem bat er um Mitteilung des Ergebnisses der Kostenschätzung in dieser Planungsphase für das Gesamtvorhaben.

Herr Sippel teilte mit, dass man bei dieser Vorstellung zunächst das berücksichtigt habe, was zum jetzigen Stand der Straßenplanung an Breite vorliegt und die Planung darauf abgestimmt. Wenn es eine genauere Planung gibt, werde man sich dann dieser Planung entsprechend unterordnen müssen. Das gäben aber beide Entwürfe bis jetzt her.

Ob Parkplatz/Entwässerung getrennt werden können, könne er auf Anhieb so nicht beantworten. Es werde wahrscheinlich auch ein Thema für die Entwässerungsbetriebe, wie es geregelt wird.

Man wolle die Leistungsphase (LPh) 2 auf einem dieser Entwürfe aufstellen. Und danach werde erst einmal die Kostenschätzung erfolgen.

Herr Gleiß berichtete, dass die Verwaltung eine allererste, ganz grobe Kostenschätzung vorgenommen hat. Die Verwaltung sei bei beiden Varianten zu einer Größenordnung von etwa 1,2 Mio € gekommen.

Die Verwaltung beabsichtige, eine Interessensbekundung zu einem Förderprogramm abzugeben. Perspektivisch beantragte Fördermittel: 900.000,-- € (75 %, für ein Kostenvolumen von 1,2 Mio € aus dem Förderprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“).

Um einen Antrag zu stellen, müssten natürlich Kosten hinterlegt werden. Daher habe die Verwaltung schon sehr frühzeitig Kosten von 1,2 Mio € geschätzt.

Man wisse, dass die Haushaltssituation sehr angespannt ist, und er vermute, dass es für das Jahr 2024 auch nicht besser werden wird, als für 2023.

Wenn man daran denke, eine solche Maßnahme zu realisieren wird es vermutlich nicht ohne Fördergelder gehen.

Die Fördergelder müssten natürlich nicht abgegriffen werden, wenn man zu ganz anderen Ergebnissen kommt.

Herr Richter wies darauf hin, dass die Planung dieses Platzes zwingend mit der Umgestaltung der OD Niederpleis entlang der Hauptstraße verbunden ist. Insbesondere die Stellplatzfrage hänge natürlich eng damit zusammen, was auf der Hauptstraße gemacht wird. Es sei wichtig, dass man diese Parkplätze nach Möglichkeit auch technisch aus diesem Gesamtprojekt herausbekommt. Man müsse trotzdem Kompensation für eventuell wegfallende Stellplätze entlang der Hauptstraße schaffen, auch wenn es doch nicht zu einer Realisierung des gesamten Platzes kommt. Daher lege er Wert darauf, dass versucht wird, den Bereich aus dem Gesamtprojekt auszugliedern, weil die Parkplatzvergrößerung unbedingt angegangen werden muss.

Frau Feld-Wiehlpütz hielt das Wasserspiel für eine ganz tolle Sache für Klein und Groß. Das sei auch auf dem Karl-Gatzweiler-Platz (KGP) erkennbar. Bei der Diskussion um den KGP habe man aber gelernt, dass gerade Wasserspiele sehr aufwendig sind. Das hänge mit der Hygiene zusammen; das Wasser müsse gereinigt werden.

Sie wollte wissen, wie sich das Planungsbüro das Wasserspiel vorstellt und wie pflege- und kostenintensiv es ist.

Außerdem wollte sie wissen, ob ein Trinkwasserspender vorgesehen ist.

In der Vergangenheit sei sehr häufig festgestellt worden, dass es keine Fördertöpfe gab, wenn fertige Planungen vorlagen. Nun habe die Stadt Sankt Augustin schon eine Planung in der Tasche und konnte dann in eine Fördermittelakquise gehen. Sie bedankte sich bei der Verwaltung für die Interessensbekundung zu dieser Förderung.

Herr Sippel teilte mit, dass ein Trinkbrunnen bis jetzt in den Entwürfen noch nicht enthalten ist. Wenn es das Wasserspiel geben sollte, sei es ohne Probleme möglich, denn er brauche natürlich Frischwasser. Gerade heute, in Zeiten des Klimawandels würden die Städte immer heißer. Man müsse sich bewusst sein, dass beides auch gewissen Aufwand und Kosten verursachen. Das sei je nach Wasserspiel unterschiedlich und komme auch auf die Länge der nötigen Leitungen an.

Es müsse ein Wasserspiel sein,

- das nur funktioniert, wenn es benutzt wird,
- robust ist,
- einen massiven Drücker hat,
- auf der anderen Seite eine gut funktionierende Wasserquelle hat und
- das Wasser im Kreislauf wieder verwendet werden kann, z. B., insbesondere in der zweiten Variante, zur Baum- oder Grünbewässerung. So besteht die Möglichkeit der Doppelnutzung.

Herr Einmal (SPD-Fraktion) wies darauf hin, dass bei der oberen Darstellung eine Teilversiegelung beabsichtigt ist. Die versiegelte Fläche sei kleiner als bei der unteren. Er wollte wissen, wie sich die prozentualen Verhältnisse verändern.

Herr Sippel konnte den Prozentsatz der einzelnen Stellplätze nicht genau beziffern. Aber man erkenne auf dem Bild, dass es nur wenige Prozent sind.

Einen Parkplatz würde man entsprechend begrünen und in einem Schotterrasen anlegen. Er gehöre zum grünen Rahmen, und wenn dort niemand parkt, müsse es keine Asphalt- oder Pflasterfläche sein, sondern lieber etwas, was eher zum grünen Rahmen gehört.

Herr Metz zeigte sich aufgrund unterschiedlicher Informationen aus der Sitzungsvorlage und von Herrn Sippel irritiert hinsichtlich der LPh 2, der Kostenschätzung und der Zweckbindung aus einer früheren geförderten Umbaumaßnahme des Platzes.

Er verwies auf frühere Beratungen zum JFP in diesem Ausschuss. Es sei gesagt worden, dass bei Umbau der OD die wegfallenden Stellplätze kompensiert werden müssen. Man müsse sich den gesamten Platz angucken, damit nicht eine Planung gemacht wird, die einer möglichen späteren Aufwertung des Gesamtplatzes entgegensteht.

Nun sei von diesen beiden Teilbereichen nicht mehr die Rede. Nun sei die Rede von einem Gesamtprojekt mit Kosten von etwa 1,2 Mio €, wofür bereits in den nächsten Tagen ein Förderantrag gestellt werde. Außerdem solle im November, kurz bevor der Entwurf des Haushaltsplans dem Rat zugeleitet wird, ein Auftrag für die Entwurfsplanung nach LPh 3 vergeben werden.

Er bat zu Protokoll zu nehmen, dass er vom Bürgermeister eine Stellungnahme erwarte, dass dieses Projekt in den nächsten ein bis zwei Haushaltsjahren in der Planung und Umsetzung finanzierbar sein wird, wenn man eine entsprechende Förderung zugrunde legt, und dass darunter keine anderen Investitionsmaßnahmen leiden werden, wenn man die dann runterpriorisieren muss, Stichwort Kitas und OGSs, etc.

So eine Entscheidung hier zu treffen, ohne dies haushalterisch abgesichert zu haben, sei schwierig.

Herr Gleß erläuterte, dass die Interessensbekundung nicht verschickt werden müsse. Sie sei unterschrieben, aber noch nicht verschickt.

Die Verwaltung habe es gut damit gemeint vorsorglich zu versuchen, irgendwo Gelder zu generieren, wenn es der Politik im Zuge der Haushaltsberatungen wichtig werde, den JFP in den nächsten Jahren zu realisieren.

Die Verwaltung arbeite natürlich auftragsgemäß und mache Rahmenplanungen für Buisdorf, Hangelar usw.

Allen sei klar, dass für jede dieser Planungen Bürgerbeteiligungen veranstaltet werden. Damit würden aber bei der Bürgerschaft Erwartungen geweckt, dass in den nächsten Jahren etwas gemacht wird.

Sein Job sei es zu versuchen, in irgendeiner Weise städtebauliche, tiefbautechnische oder andere Maßnahmen auch finanziell salonfähig zu gestalten.

Deswegen sei er auf den Gedanken gekommen, vorsorglich die Interessensbekundung abzugeben.

In den Haushaltsberatungen werde man ohnehin sehen müssen, welche Projekte prioritär im Jahr 2024 angegangen werden können.

Protokollnotiz:

1. Nach Auskunft der Fördermittelmanagerin ist die Zweckbindung für den Umbau des Marktplatzes in Niederpleis (heute: Jakob-Fußhöller-Platz), der bis 1990 erfolgte, bereits abgelaufen.
2. Es handelt sich hier um ein 2-stufiges Verfahren. In der ersten Stufe wird eine Interessensbekundung mit einer Beschreibung des Projektes an den Fördergeber (hier: Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung) gesandt. Der Haushaltsausschuss des Bundestages entscheidet im Dezember 2023 darüber, welche Kommunen zur Antragstellung aufgefordert werden. Es handelt sich um Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds. Sollte die Stadt die Möglichkeit bekommen, diesen Antrag zu stellen, ist sie dazu nicht verpflichtet. Es handelt sich also um „einen Antrag, einen Antrag stellen zu dürfen“. Stand Mitte Januar 2024: Eine Entscheidung des Haushaltsausschusses ist bei der Verwaltung noch nicht eingegangen.
3. Auszug aus der Haushaltsrede des Bürgermeisters:
„Thema 3: In Zeiten voller Kassen ist es natürlich vollkommen richtig, dass wir zentrale Plätze in den jeweiligen Stadtteilen neu planen und umgestalten, um z.B. eine höhere Aufenthaltsqualität zu erreichen. Leider müssen wir nüchtern feststellen, dass wir für eine Umsetzung solcher Pläne auch bis inkl. 2027 kein Geld zur Verfügung haben werden. Ich bitte die Politik also zu entscheiden, ob wir in 2024 z.B. wirklich 75.000 Euro für die Neuplanung des Jacob-Fußhöller-Platzes ausgeben wollen. Analog sehe ich auch keinen finanziellen Spielraum, um in Hangelar den Franz-Josef-Halm-Platz oder in Menden den Marktplatz bis 2027 neu zu gestalten.“

Frau Feld-Wielpütz konnte den Einwand von Herrn Metz nachvollziehen. Natürlich habe die Politik eine Verantwortung für den Gesamthaushalt. Dafür gebe es dann Haushaltsberatungen, wo die Politik ihre Prioritäten setze.

Wenn man aber aufhöre zu planen und Visionen zu haben, dann gebe es keine Möglichkeit mehr, irgendetwas zu entwickeln.

Über den Platz in Niederpleis sei schon so viel diskutiert worden. Eine Ortsmitte sei für diesen Stadtteil dringend geboten.

Die Planungskosten seien aus Sicht ihrer Fraktion sehr gut investiertes Geld.

Man könne hoffen, über eine entsprechende Fördermittelakquise vielleicht auch mehr als 75% bekommen. Wenn der Förderantrag jetzt gestellt werde und die Stadt nicht in der Lage sei, den Eigenanteil aufzubringen, habe man immer noch die Planung.

Die CDU-Fraktion spreche sich nicht für eine Variante aus, weil sie der Meinung sei, dass die Bürger noch intensiver gehört werden müssen.

Sie habe jetzt ein Problem damit, es zu stoppen, weil man heute nicht wisse, wie ein möglicher Eigenanteil zu tragen ist.

Man solle das jetzt durchziehen und in den Haushaltsberatungen weitersehen.

Herr Richter glaubte, es sei im Ausschuss Konsens, dass dieser Platz nicht schön ist und eine Aufwertung verdient hat.

Niemand widerspreche, dass es grundsätzlich nicht verkehrt ist, wenn die Verwaltung sich von sich aus um Fördermittel kümmert. Das dürfte auch Konsens sein. Man sei froh, wenn die Verwaltung findig sei und schaue, wo es Möglichkeiten gibt, Gelder für Projekte abzugreifen.

Ausgangslage aus den vorherigen Beratungen sei gewesen, nicht den kompletten Platz planen zu müssen, sondern hier ein bisschen aufwerten, damit da mehr Aufenthaltsqualität entsteht.

Es wäre wunderbar, wenn die hier vorgestellten Planungen mit Fördermitteln umgesetzt werden könnten.

Trotzdem müsse man natürlich schauen, wie das realisiert werden kann.

Der Ausschuss nehme den Sachstand heute nur zur Kenntnis.

Perspektivisch brauche man aber eine politische Zusage. Dieses Thema werde in den nächsten ein bis zwei Jahren in den Haushalt gehen. Ansonsten gebe es dann das Problem, dass es nicht klappt. Daher könne man den Punkt der Stellplätze, die essentiell mit der OD verbunden sind, planerisch aus dem Gesamtprojekt herausziehen, für den Fall, dass sie zeitnah umgesetzt werden müssen.

Wenn sich aufgrund der Fördermöglichkeiten in einiger Zeit die Möglichkeit ergibt, den Platz zu umzubauen, dann habe man die Planung schon.

Grundsätzlich stimme man zu, den Platz zu überarbeiten. Man müsse aber gucken, was möglich ist, und im Vorfeld brauche man politische Zusagen, damit es im Haushalt abgebildet werden kann.

Herr Sippel erläuterte, dass der Platz immer komplett betrachtet wird. Er wisse auf Anhieb nichts, was dagegenspricht, erst die Parkplatzerweiterung zu machen und dann die restliche Fläche.

Man müsse sich im Gesamtkonzept angucken, welche Variante man nimmt, wie die mögliche Parkplatzerweiterung in den Bestandsplatz hineinragt und wo die Grenzen sind.

So aus dem Stehgreif könne er dies planerisch nicht bestätigen.

Herr Monreal (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bat um Zusage der Verwaltung, dass das Projekt im Haushalt abgebildet wird, wenn der Ausschuss im November entsprechend entscheidet.

Herr Gleß konnte diese Zusage nicht geben, weil es den Haushaltsberatungen obliegt, ob es abgebildet wird oder nicht. Soweit sei man heute noch nicht. Man sei jetzt mit den Planungen so weit, dass zwei Varianten vorgestellt und zur Kenntnis gegeben werden können. Es werde durch die Verwaltung kein Druck aufgebaut. Man diskutiere heute zum ersten Mal darüber. Er habe nicht die Erwartung, dass heute eine Aussage komme, welche Variante bevorzugt wird.

Wenn bis zum Jahresende keine Entscheidung für eine Variante getroffen sei, könne es auch sein, dass der Antrag obsolet ist.

Er könne nur zusagen, dass Mittel angemeldet werden. Er wisse aber nicht, was die Kämmerin daraus macht. Es funktioniere so, dass die fachlichen Organisationseinheiten Haushaltsmittel anmelden und die Kämmerin dann prüft, was in den Haushaltsentwurf aufgenommen wird. Das komme dann in die Haushaltsberatungen. Die Politik entscheide dann, was davon machbar ist und was nicht.

Herr Kourkoulos (SPD-Fraktion) fand Wasserspiele für Kinder auch toll. Er wollte aber wissen, wer so etwas wartet, eine externe Firma oder der Bauhof. Er habe der Presse entnommen, dass es der Bauhof kaum noch schafft, die Grünflächen zu pflegen. Er erinnere sich, dass es im Stadtgebiet diverse Brunnen und auch Spielbrunnen gebe, die seit Jahren stillgelegt sind. Daher frage er sich, ob es sinnvoll ist, jetzt etwas Neues zu schaffen, das vielleicht kurze Zeit später schon wieder stillgelegt wird, weil es nicht die Kapazitäten gibt, es zu warten oder am Laufen zu halten.

Herr Gleß erörterte, dass es in das Pflegeprogramm des Bauhofs aufgenommen werden müsse, wenn es Wille der Politik ist, dies so zu gestalten. Das betreffe den ganzen Platzbereich. Dann werde natürlich der Arbeitsaufwand für den Bauhof größer.